Löst endlich die Steuerbremse für mehr private Investitionen in Infrastruktur!

Die Ampel wollte mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz II einen Meilenstein setzen, um mehr privates Kapital für Investitionen vor allem in Infrastruktur zu mobilisieren. Die schwarz-rote Koalition greift das Vorhaben auf.

VON BASTIAN HAMMER | LEITER STEUERN UND ALTERSVORSORGE UND
SEBASTIAN OYS | LEITER STEUERPOLITIK

Mit dem Ende der Ampelregierung ist das Zukunftsfinanzierungsgesetz II unter die Diskontinuität des Bundestages gefallen. Mit dem Gesetz sollten unter anderem private Investitionen in die deutsche Infrastruktur gestärkt werden, ohne den Staatshaushalt zu belasten. Private Investoren finanzieren gerne Infrastruktur – bisher jedoch hauptsächlich im Ausland. Der Abbau rechtlicher Hürden ist trotz des neuen Sondervermögens für Infrastrukturinvestments in Höhe von 500 Milliarden Euro notwendig.

Rechtssicherheit in Deutschland schaffen. Das Zukunftsfinanzierungsgesetz II sah vor, steuerrechtliche Vorgaben im Investmentsteuergesetz und flankierende aufsichtsrechtliche Regelungen im Kapitalanlagegesetzbuch anzupassen. Dies sollte es Fonds unter anderem ermöglichen, in Infrastruktur-Projektgesellschaften zu investieren. Immobilienfonds z. B. sollten die Erlaubnis bekommen, unbeschränkt Solaranlagen auf den Dächern – z. B. ihrer Logistik- oder Lagerhallen – zu errichten und zu betreiben.

Wettbewerbsnachteile abbauen. Unklarheiten bei Investments in Infrastruktur-Projektgesellschaften, Private-Equity- und Venture-Capital-Fonds, die meist in der Rechtsform einer Personengesellschaft aufgelegt sind, sowie bei der Vergabe von Darlehen durch deutsche Fonds führen dazu, dass solche Anlagestrategien meist außerhalb von Deutschland durchgeführt werden. Diese Wettbewerbsnachteile sollte das Zukunftsfinanzierungsgesetz II abbauen, um mehr Fondsmanager in Deutschland anzusiedeln und damit Investitionen in Deutschland zu steigern.

Der Koalitionsvertrag der neuen, schwarz-roten Regierung enthält ein Bekenntnis zur Umsetzung des Gesetzes: „Wir werden im Kapitalmarktrecht einen rechtssicheren und europäisch wettbewerbsfähigen Rahmen für Investitionen von Fonds in Infrastruktur […] schaffen. Dabei sind auch steuerrechtliche Regelungen zielgerichtet anzupassen.“ Nun sollte keine Zeit verloren werden. Deshalb: Löst endlich die Steuerbremse für mehr private Investitionen! ■